

Öffentliche Aufgaben in öffentliche Hände



**Krankenhäuser:
weiter städtisch
und verlässlich.**

DIE LINKE.

Mit der Parole „Privat vor Staat“ wurde eine verhängnisvolle Politik betrieben, die zur Verarmung und wirtschaftlichen Handlungsunfähigkeit der Kommunen geführt hat. Die Bürger werden ihres kommunalen Eigentums beraubt, damit Privatunternehmen und Konzerne sich bereichern können. Die Kommunen verlieren ihren Einfluss und die Gestaltungsmöglichkeiten. Größere Projekte sind nur noch als PPP (Private Public Partnership) möglich. Dabei tritt ein Privatunternehmen als Bauherr auf und die

öffentliche Hand wird zum Mieter. Die tatsächlichen Kosten werden hierbei oft verschleiert. Privatisierung öffentlichen Eigentums bedeutet damit zugleich Entdemokratisierung. Privatisierte Dienstleistungen werden verteuert, und was sich nicht rechnet, wird abgebaut. Und wir – die Bürger – zahlen die Zeche.

DIE LINKE. Gladbeck will eine Stärkung des ortsnahen, bürgerfreundlichen öffentlichen Dienstes. Personalabbau und Rationalisierungsmaßnahmen führen zu Leistungseinschränkungen für die Bürger, deshalb lehnen wir dies ab. Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge gehören in seriöse öffentliche Hände. Die für eine Stadt notwendige Infrastruktur – Polizei, Finanzverwaltung, Rettungsdienst, Feuerwehr und ortsnahe Verwaltungsstellen – ist in den letzten Jahren zurückgebaut worden. Das möchten wir wieder ändern.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ Keine Privatisierung kommunaler Betriebe und Aufgaben;
- ◀ Rekommunalisierung ausgegliederter Aufgaben;
- ◀ ortsnahe und ausreichende Präsenz von Polizei;
- ◀ Rückverlagerung der Leitstellen von Polizei- Feuerwehr- und Rettungsdiensten nach Gladbeck;
- ◀ keine weiteren PPP-Projekte.